

**Politische Rundschau.**

**Deutschland.**

\* Die Reise des Kaisers nach Jerusalem und Konstantinopel ist, wie dem B. L. mitgeteilt wird, bestimmt bis zum Oktober hinausgeschoben worden.

\* Prinz Heinrich, der sich vergangenen Dienstag nach Swatow begeben hatte, ist nun nach Hongkong zurückgekehrt. Daily Mail' erzählt ferner, die 'Deutschland' werde am 5. April bereit sein, in See zu gehen; am 29. d. gedenke die britische Gesellschaft von Hongkong dem Prinzen zu Ehren einen Ball zu geben.

\* Am Freitag waren 60 Jahre verfloßen, seit Fürst Bismarck in das preussische Heer eingetreten ist.

\* Der § 1 der Flottenvorlage ist im Reichstag mit 212 gegen 139 Stimmen in zweiter Lesung angenommen worden. (Siehe Reichstagsbericht.)

\* Zu der Meldung über den Nachtrags-Stat für Kiautschau wird noch mitgeteilt: Für große Hafenanlagen sind seitens der Marineverwaltung, der das Gebiet von Kiautschau unterstellt ist, keinerlei Forderungen aufgestellt. Die Summen, die der Nachtrags-Stat enthält, betreffen die Forderungen für die bereits existierenden Rechtskosten der ostasiatischen Expedition sowie kleinere Beträge für Bauten untergeordneter Art (zur Unterbringung von Materialen u. s. w.). Soviel man weiß, wird daran festgehalten, daß in erster Linie die Entwicklung des neuen Gebietes als wirtschaftlicher Stützpunkt unserer überseeischen Handelsinteressen berücksichtigt und gefördert werden soll, nicht aber die Schaffung einer besetzten militärischen Flottenstation ins Auge gefaßt ist.

\* Der Gedanktag der Erhebung Schleswig-Holsteins, welcher am Donnerstag überall in den Abzweigstammern unter begeisterten Kundgebungen begangen wurde und seinen Hauptpunkt in der herrlichen Marine- und Universitätsstadt Kiel fand, reicht in seiner Bedeutung weit über den provinziellen Rahmen hinaus. Der 24. März 1848 ist der eigentliche Geburtsstag des neuen Deutschen Reiches gewesen; an diesem Tage kam durch die Erhebung der Abzweigstämme die deutsche Frage ins Rollen, wenn es auch erst noch fast eines Vierteljahrhundert bedurfte, um das große Werk der Einigung zu vollziehen.

\* Die Sekundärbahn-Vorlage ist dem preuß. Abgeordnetenhaus zugegangen. Verlangt werden zur Herstellung 18 neuer Bahnlängen, sowie zur Beschaffung von Betriebsmitteln 73 982 000 Mk., an Mehrkosten für Herstellung eines Rangierbahnhofs zu Saarbrücken und Erweiterung der Anlagen für den Personen- und Güterverkehr daselbst 1 043 000 Mk. und zur Förderung des Baues von Kleinbahnen 8 Mill. Mk., insgesamt 83 025 000 Mk.

**Chefherzog-Ungarn.**

\* Die Deutschen nahmen anlässlich der Delegationswahlen ihren von den Tschechen angebotenen Ausgleich an, wonach von zehn Delegierten Böhmens vier den Deutschen, vier den Tschechen und zwei den Großgrundbesitzern zufallen. Auch für Mähren wurde ein Ausgleich abgeschlossen, wonach zwei Tschechen, ein Deutscher und ein Großgrundbesitzer gewählt werden. Im Vorjahre hatten die Deutschen den Ausgleich abgelehnt.

\* Im Wahlbezirk Falkenau-Gratitz in Nordböhmen wurde am Donnerstag der bekannte Redakteur Hofer mit 1100 Stimmen gegen die Kandidaten der vereinigten deutschen und Volkspartei gewählt. Hofer ist Schönerriener. Er war bekanntlich vom Kabinett Badien wegen Hochverrats angeklagt. Das Wahlergebnis ist bezeichnend für die gereizte Stimmung in jener Gegend.

**Frankreich.**

\* Der 'Siècle' veröffentlicht einen Aufruf, der von den Frauen hervorragender Politiker und Gelehrter unterzeichnet ist. Der Aufruf wendet sich an die Frauen Frankreichs, sie möchten für die Bewilligung der Petition der Frau Dreufus

bei der Regierung eintreten. (Frau Dreufus will nämlich die Befangenheit ihres Mannes auf der Teufelsinsel teilen.)

**England.**

\* Der wiederholt angeführte Rücktritt Lord Salisbury's scheint jetzt nahe bevorzustehen, und zwar wird, wie es heißt, der Rücktritt ein vollständiger sein. Bisher wurde die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß Lord Salisbury nur die Geschäftsführung des auswärtigen Amtes niederlegen, aber Premierminister bleiben werde, jetzt wird dagegen gemeldet, Salisbury habe seine Kollegen wissen lassen, daß er auf Anraten der Ärzte sich gänzlich von der Amtstätigkeit zurückziehen müsse. Daily Chronicle' spricht die Vermutung aus, daß der Herzog von Devonshire (Lord Hartington), der ehemals der Führer der liberalen Unionisten im Unterhaus gewesen, aber seit seiner Verletzung ins Oberhaus öffentlich wenig hervorgetreten ist, Premierminister und Arthur Balfour Staatssekretär des Auswärtigen werden wird.

\* Nach dem Berichte des General-Inspektors für Rekrutierungs-Wesen sind im Jahre 1897 an Rekruten in die englische Armee eingestellt worden 35 015 Mann, in die Miliz 38 246, in die Freiwilligen-Korps 44 057, in die Yeomanry (berittene Freiwillige) 1830 Mann. Die Marine erhielt 9922 Seeleute und 2861 Marinefeldaten, und die Marine-Reserve 2618 Mann. Im ganzen hat das Jahr also 134 749 Rekruten für Heer und Marine ergeben. Die Armee erhielt 35 015 Rekruten mehr als im Vorjahre. Es melden sich jetzt immer mehr junge Leute, die ein Handwerk gelernt haben oder in Schreibstuben beschäftigt sind, für den Dienst im Heere.

**Italien.**

\* Crispi hat die Konsequenzen aus der ihn betreffenden Kammerbestimmung gezogen, indem er sein Abgeordnetenmandat niederlegte. Er wird sich einer Neuwahl unterziehen und zweifelt nicht daran, wiedergewählt zu werden.

**Belgien.**

\* Die vlämische Sprache hat aufs neue einen Sieg im Parlamente erfochten. Nach langen Erörterungen hat mit 99 gegen 21 Stimmen und 32 Stimmenhaltungen die Abgeordnetenkammer den Gesetzentwurf Devriendt-Correns betr. die Gleichstellung der beiden belgischen Landesproben angenommen. Daß sich also im Parlamente eine Zweidrittelmehrheit zu Gunsten der Gerechtigkeit für die vlämische Sprache fand, ist ein erfreuliches Zeichen für das Gelingen der national-vlämischen Bewegung.

**Spanien.**

\* Im Ministerrat teilte Ministerpräsident Sagasta eine Depesche des Generalgouverneurs Blanco mit, in welcher es heißt, der Kapitän der 'Maine' bitte um die Erlaubnis, das Braß der 'Maine' mit Dynamit sprengen zu dürfen, die Erlaubnis sei derweil erteilt worden. Ueber den Bericht betreffend den Unfall der 'Maine' wird strenges Stillschweigen beobachtet, der Minister des Meeres ist aber beauftragt worden, die Frage zu prüfen und die Rechte Spaniens energisch zu verteidigen.

\* Aus Cuba werden zwei Siege der Spanier über die Aufständischen gemeldet, die bedeutende Verluste gehabt haben sollen.

**Balkanstaaten.**

\* Man glaubt in Athen, daß die in der Kammer abgegebene Erklärung Deljanis', er gedenke jetzt, wo die nationalen Fragen entschieden seien, seine Aktions-Freiheit wieder anzunehmen, nach der Abstimmung über die Ansprüche zu einer Ministerkrisis führen werde.

\* Bulgarien ist in jängster Zeit auf Grund von mancherlei Anzeichen in den Verdacht gekommen, für den Sommer eine Silbererhebung in Mazedonien vorzubereiten. In befreundeten Mächten wehrt die Regierung in Sofia diese Vorwürfe energisch von sich ab. Von der Form der Erklärungen abgesehen, ist der Inhalt lediglich dahin zusammenzufassen, daß Bulgarien Wert darauf legt, in den Augen Europas als aufrichtig friedliebend zu gelten. Das Gegenteil wäre auch mehr als sonderbar.

**Zwischen zwei Westen.**

16] Roman von Louise Cammerer.

Waleka hatte den ruhigen, fähigen Kaufmann eine Weile nachdenklich betrachtet. Er war so berechnend vorzüglich, so auffallend zurückhaltend in seinen Meinungen, Ansichten und Aussprüchen, deshalb konnte sie sich eines Mißtrauens nicht erwehren.

„Papa und ich wollen noch nach dem Süden, wogu uns eine besondere Veranlassung anspornt. Bevor wir diese Reise antreten, werden wir noch nach Cincinnati gehen — es scheint doch ratsam zu sein, sich an Ort und Stelle über den Stand der Sache Klarheit zu verschaffen.“

Auf dem ruhigen, kalten Angesicht Walekas machte sich ein leichter Farbwechsel bemerkbar. „Wenn es zu Ihrer Verabreichung dient, kann ich Ihnen nur bestimmen, doch möchte ich Sie warnen, sich nicht allzuweit vorzugucken. Die Arbeiter in den neuen Anstalten sind aus den allgewöhnlichen Elementen zusammengesetzt. Farbige, Indianer, Abenteuerer gefährlicher Schläger, bunt durcheinander gewürfeltes Gefindel machen die ganze Gegend unsicher und es kommt häufig dort zu blutigen Kämpfen. Ein Menschenleben ist dort um einige Cent's feil.“

Kommerzienrat Günther schüttelte sich vor Grauen. „Nein, da will ich denn doch schon lieber auf den waghalsigen Besuch verzichten. Da nach Ihrer Ansicht die Ländererben am Ende mit der Zeit an Ertragsfähigkeit gewinnen können, so bitte ich meinen Anteil darauf fest-

stellen zu lassen, damit ich wenigstens die Sicherheit mit mir nehme, amerikanischen Grundbesitz erworben zu haben. Wir gedenken in Kürze abzureisen.“

Miß Günther und auch ihr Vater atmeten erleichtert auf. „Ich werde mit meinem ganzen Ansehen für Sie einstehen, Waleka. Es würde mir sehr lieb sein, wenn unsere jahrelangen freundschaftlichen Beziehungen einen so unheilbaren Abbruch gefunden hätten, zumal ich allein in der festen Meinung, Ihnen große geschäftliche Vorteile zuwenden zu können, Sie zur Beteiligung an dem Unternehmen anforderte.“

„Davon bin ich überzeugt“, erwiderte Günther freundlich, „wollen wir uns deshalb einen weiteren Meinungsaustausch ersparen, Waleka, und die letzte Angelegenheit ruhig lassen; sie hat mir sorgenvolle Stunden genug gemacht. Allerdings ist es schwer, die fruchtbarsten Mähren und Strecken einem ausfahrlosen Unternehmen hingeworfen zu haben, allein da ich nur ein Kind besitze und dieses Gott sei Dank durchaus nicht geldgierig und anspruchsvoll ist, werden wir schon durchkommen.“

Waleka zog die Hand des Vaters zärtlich an die Lippen, ihre Augen fanden sich in inniger Liebe.

Miß Günther lächelte stolz verächtlich, dieser Gefühlsausbruch erschien ihr kindlich. Die langweiligen Geschichten mit ihren ewigen albernen Gemeinplätzen bereiteten ihr kein, um so mehr, als sie bemerkte, daß ihr Vater behäufte Interesse und großes persönliches Wohlgefallen

**Amerika.**

\* Wie die 'Daily News' aus Washington melden, erklärte Präsident Mac Kinley am Dienstag in ersterer Weise verschiedenen Besuchern: „Ich bin gegen den Krieg und entschlossen, ihn mit allen in meiner Macht stehenden Mitteln zu verhindern. Ich glaube, wir werden keinen Krieg haben.“ Demselben Worte zufolge äußerte ein früherer Minister: „Wir werden keinen Krieg haben. Der gesunde Menschenverstand der Amerikaner wird ihn verhindern.“

**Deutscher Reichstag.**

Am 24. d. wird die zweite Beratung der Marine-Vorlage bei § 1 fortgesetzt. Staatssekretär Tirpitz: Abg. Schönland hat es geteilt die Absichten der Regierung vorgebracht. Admiral Hollmann hat nur betont, daß eine wesentliche Vermehrung der Schlachtschiffe nicht beabsichtigt sei. Er hat zwei Augen als oberer Grenze bezeichnet, und darüber gehen wir auch heute nicht hinaus.

Abg. Gilbert (Bayr. Bauernb.) erklärt, seine Freunde würden gegen die Vorlage stimmen. Abg. Richter (fr. Sp.): Nach der Fassung, welche die Vorlage in der Kommission erhalten hat, haben wir keine Veranlassung, von unserer ablehnenden Haltung der Vorlage gegenüber abzugehen. Unsere konstitutionellen und finanziellen Bedenken bestehen fort, es ist auch nicht überzeugend nachgewiesen, daß eine Vermehrung der Schlachtschiffe notwendig ist. Zu einer Festlegung des Staatsrechts im Sinne der Vorlage liegt jedenfalls kein Bedürfnis vor. Die Ansprüche der Marineverwaltung können sich doch sehr schnell ändern. Sie haben auch bezüglich der Panzerfahrzeuge schon wesentlich geändert. Die verlangte Verbindung des Staatsrechts ist allerdings nicht ratsam, aber die Ausnahme, die vorgeesehen werden soll, ist lediglich als Gegengewicht gegen das drohende Retenat gedacht. Dieses Retenat soll hier gerade geschaffen werden. Gerade für die Flotte haben wir bisher immer an den einschlägigen Bewilligungen festgehalten. Die Deckung der Kosten ist keineswegs aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Den Schutz des Handels und die Erschließung neuer Schutzbereiche können Sie mit der Flottenvermehrung auch nicht sichern.

Staatssekretär Tirpitz: Die Vorlage will lediglich eine feste Organisation schaffen. Eine solche muß dauernd sein. Sie muß auch dauernd festgelegt werden. Es hat sich in der Debatte gezeigt, daß der Vordruck uns nicht genügt ist. Ich habe speziell dargelegt, daß wir die Schlachtschiffe brauchen, um eine Blockade zu verhindern und die Zufuhr unentbehrlicher Nahrungsmittel und Kohlen für die Industrie zu sichern, sowie den Handel zu schützen. Ohne Schlachtschiffe können wir auch unsere Küsten nicht wirksam gegen Verletzungen sichern.

Abg. Frhr. v. Ziehlmann bestritt, daß die Annahme zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten führen könne. Insbesondere der Venonsfonds werde durch die Vorlage nur unwesentlich gehehert werden.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.): Die Bewilligung auf eine Reihe von Jahren widerspricht durchaus nicht der Verfassung. Gerade bei Rückblick auf die Marine ist ja der Artikel 71 in die Verfassung aufgenommen worden, daß Bewilligungen auch auf mehrere Jahre ausgesprochen werden können. Herr Richter stellt es so dar, als bestände die Flotte, die gefordert wird, im wesentlichen schon. Er darf aber nicht vergessen, daß die Bewilligung mehr ohne seine Mitwirkung zu Stande gekommen sind. Herr Richter behauptet, der Plan werde nicht durchgeführt werden können, weil die Technik fortschreite. Nach diesem Grundsatze handeln, läge aber, auf jede Neuerung verzichtet, denn überall können neue Erfindungen das Alte über den Haufen werfen. Für uns ist das Ausschlaggebende, daß mit der Vorlage ein dauernder Abschluß gedeckt scheint. Unser Handel hat einen Aufschwung genommen, durch den wir nächst England an die zweite Stelle gelangt sind. Dieser Handelsknoten gegenüber haben wir doch Verpflichtungen, und wir müssen uns dabei auf einen eventuellen Kriegsfall einrichten. Die Erwerbung von Kiautschau ist zweifellos nicht ohne Einbruch geblieben. Man würde es im Auslande gar nicht verstehen, wenn nach solch einem nachwüchsen Vorstoß ein Kommit zwischen Regierung und Volksovertretung ausbrechen würde, und zwar auf einem Gebiet, das in anderen Ländern als neutraler Boden für die Parteien angesehen wird. Hoffentlich kommen auch wir endlich zu einem solchen Standpunkt, nachdem jener Vorstoß wie ein neuer, freier Zug durch das deutsche Volk gegangen. Gerade den Fürsten, die ein so gründliches Ver-

ständnis für die Bedürfnisse der Flotte bewiesen haben, sollte das Volk und sollte der Reichstag dankbar sein. Erst wenn wir dem Landher eine ebenbürtige Flotte an die Seite stellen, werden wir die Aufgaben des Reiches voll erfüllen können.

Abg. Sedel (soz.): An dem Gegenstand zwischen der Regierung und dem Parlament ist allein die erste Schuld. Artikel 71 der Verfassung wird von den Freunden der Vorlage falsch ausgelegt. Man hat die Bewilligung auf mehrere Jahre lediglich als einen Schutz gegen das drohende Retenat angesehen. In demselben Sinne hat sich auch Abg. Windthorst damals ausgesprochen, er vermehrte sich ausdrücklich gegen jede Beeinträchtigung des Budgetrechts, der nachdrücklichst Widerstand entgegengeführt werden müsse. Mit diesem nachdrücklichsten Widerstand ist es im Zentrum für jetzt und für alle Zeiten vorbei. Von dem Schuß, den die Flotte dem Parlament gemessen hätte, macht man sich ganz falsche Vorstellungen. Es ist doch eine Tatsache, daß der englische Welt-handel trotz der mächtigen Flotte zurückgegangen ist. Der deutsche Handel hat dagegen trotz des Fehlens jenes Schutzes einen ungeheuren Aufschwung genommen. Man muß also zu, eine Verbindung auszusprechen; der Reichstag aber doch keine Grenzen gezogen. Morgen kann durch sie alles entwertet werden, was Sie heute bewilligen. Das Zentrum bringt die Vorlage zu Stande, es muß die Verantwortung dafür tragen. Aber das Schicksal, das die nationalliberale Partei ereilt hat, wird dem Zentrum nicht erspart bleiben.

Abg. v. Harboff (freisoz.): Daß das Zentrum jetzt eine andere Stellung zu den Marineforderungen einnimmt, ist doch daraus schon genügend zu erklären, daß heute keine neue Steuern zur Deckung notwendig sind. Mit der Vorlage wird gerade der Standpunkt von Handel und Industrie zur Geltung gebracht. Die Flottenpolitik, die wir bisher getrieben, ist nichts als eine funktlose Verschwendung gewesen. In der Technik ist ein gewisser Ruhepunkt eingetreten. Ueberall sind die gleichen Typen acceptiert: Schlachtschiffe, große und kleine Kreuzer. Wir haben unsere Flotte zum Teil veralten lassen, wir haben nicht rechtzeitig für Ersatz gesorgt, deshalb muß die Organisation dauernd festgelegt werden. Der Reichstag wird deshalb hoffentlich neben dem einen Markstein seiner nationalen Gestaltung, den er mit der Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches errichtet hat, einen zweiten setzen mit der Annahme des Flotten-gesetzes.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Es wird zur namentlichen Abstimmung über § 1 geschritten. Diefelbe ergibt die Annahme desselben mit 212 gegen 139 Stimmen. Für denselben stimmen die Konservativen, die Freikonservativen, die Mehrheit des Zentrums und die Antisemiten; dagegen die freisinnige und sächsische Volkspartei, die Sozialdemokraten, ein Teil des Zentrums, die Polen, Welsen und die Antisemiten Hindenburg, Hirschel und Köhler.

Darauf wird die Weiterberatung bis zum 26. d. vertagt.

**Frankfurter Landtag.**

Das Herrenhaus nahm am Donnerstag seine Sitzungen wieder auf und erledigte eine Anzahl von Petitionen. Nächste Sitzung am 26. d.

Am Donnerstag beantragte das Abgeordnetenhaus die Beratung des Eisenbahngesetzes. Hervorzuheben ist, daß Minister Tieleman sich gegen die Einziehung der elektrischen Beleuchtung der Eisenbahnstrecken nach amerikanischem Muster erklärte, die einen Kostenaufwand von 25 Mill. erfordern würde. Angenommen wurde eine Resolution, wonach aus dem Ueberfließen der Eisenbahnverwaltung, soweit sie nicht gesetzlich zur Schuldentilgung festgelegt sind, ein Dispositions-fonds bis zu 60 Mill. an Stelle der von der Regierung geforderten 20 Mill. gebildet werden soll, über dessen Verwendung dem Landtag alljährlich Rechnung zu legen ist. Nächste Sitzung am 26. d.

**Von Mah und Fern.**

Wainz. Staatssekretär Graf Polakowski erklärte dem Abg. Dr. Schmitt, das Reich bewillige einen Zuschuß zur Wiederherstellung des kurzfristigen Schlosses in Wainz. Der Posten werde in das Budget von 1899 eingestellt werden.

Müdesheim. Der Ausschuss für die 'deutschen Nationalfeste' hat beschlossen, von den zur Wahl stehenden Festorten den Niederrhein Müdesheim als ständige Feststätte zu wählen.

Hamburg. Die Polizeibehörde hat eine Anzahl Mormonen aus dem Staate Utah, die hier für ihren Glauben Propaganda machten, aus dem hamburgischen Staate ausgewiesen.

Kiel. Ein hiesiger Postillon wurde, weil er einen Geldbrief mit 3000 Mk. Inhalt aus dem Postwagen entwendet hatte, verhaftet.

„Mein Wunsch wird Sie bestreben“, sagte er nach einer kleinen Pause, „allein ich habe schon längst nach einer Gelegenheit gesucht, um geküßt mit Ihnen sprechen zu können. Waleka, und da Ihre Adresse in Aussicht steht, erledigt die Sache keinen weiteren Aufschub. Ich erlaube mir, Sie um die Hand Miß Walekas zu bitten.“

Günther starrte völlig fassungslos auf Waleka an. „Sie werden sich nach Ihrer Heimat sehnen“, sagt sie mit verbindlicher Artigkeit, „und mit Freunden dahin zurückkehren, wo Ihr Herz Sie hingieht, Miß Günther.“

„Gewiß“, erwiderte Waleka mit einer anmutigen Neigung des feinen Kopfchens, „mein Vaterhaus ist ganz dazu geschaffen, sich heimlich und glücklich zu fühlen, ich möchte es mit keinem andern vertauschen.“

So werden wir das Vergnügen Ihrer Gesellschaft nicht lange mehr genießen?“ fragte Günther gepannt.

„Nur einige Tage gedenken wir noch hier zu bleiben, sobald es Papa wünscht, reisen wir.“

„Und dürfte ich Sie vorher noch um eine persönliche Unterredung bitten, Waleka?“ fragte der amerikanische Handelsherr artig.

„Ich habe Ihnen jederzeit zu Diensten“, erwiderte Günther etwas erkaunt.

„Wollen Sie mir gefälligst für wenige Minuten in meine Wohnung folgen.“

Günther leistete mit einer Befangenheit, die er sich nicht zu erklären wagte, der Aufforderung Folge. Auf seinem Zimmer angekommen, bot ihm Waleka ein ausgedehntes Gespräch an.

„Ich habe mein Kind zu lieb, um es in mir un-